

Nr. 213, 53. Jahrgang, Juli 2005

Steirische LehrerInnen Stimme

Mitteilungsblatt
des Sozialdemokratischen
LehrerInnenvereins Österreich
Landesgruppe Steiermark



Der **SLÖ** wünscht allen
Kolleginnen und Kollegen
erholungsreiche Ferien!

STR HOL Franz Sachernegg
„Wahltag = Zahltag“

Das Schuljahr 2004/05 wird bald vorbei sein und LehrerInnen wie auch SchülerInnen freuen sich bereits auf die „wohlverdiente unterrichtsfreie Zeit“.

Die Vorreiterrolle, die die steirischen Pflichtschulen in den letzten 15 Jahren im Hinblick auf Innovation und Qualitätsentwicklung hatten, ist angesichts der bisher größten Rationalisierungswelle der 2. Republik verloren gegangen.

Soziale Integration, Teamteaching, 2-sprachiger Unterricht, kreative und schülerzentrierte Unterrichtsmethoden, waren Meilensteine steirischer Bildungsqualität an Pflichtschulen. Sie sind der Sparlawine dieser schwarz-blauen Regierung immer mehr zum Opfer gefallen. Diese Entwicklung bedeutet für die Zukunft nichts Gutes!

Das kommende Schuljahr bietet somit die Chance, diese Entwicklung zu stoppen. Sowohl bei der steirischen Landtagswahl im Herbst dieses Jahres als auch bei den Nationalrats-

wahlen sollten wir einen Schlussstrich bei dieser derzeitigen verfehlten Schulpolitik ziehen.

Außerdem sollten wir mit dieser Landtagswahl auch ein klares NEIN der ÖVP-Personalpolitik ausdrücken, denn taktische, einseitige Betrauungen sind abzustellen und Führungspositionen sind nicht nur für das schwarze Lager vorgesehen.

Ca. 1500 Kolleginnen und Kollegen auf der steirischen Warteliste für Anstellung sind gerade kein ermuterndes Bild für die Zukunft. Ein annehmbares Pensionsmodell müsste raschest entwickelt werden und wäre für LehrerInnen und SchülerInnen ein Lichtblick.

Die berechtigt wichtige Ganztagsbetreuung kann keinesfalls durch die Gemeinden finanziert werden, denn diese bewegen sich schon an der Grenze ihrer Belastbarkeit!

Wenn Land und Bund Verordnungen erlassen, so sollten sie sich keines-



wegs aus ihrer finanziellen Verantwortung stehlen können.

Kaputtsparen und ÖVP-Machtmissbrauch müssen ein Ende haben!

Die SLÖ-Landesleitung Steiermark wünscht allen Kolleginnen und Kollegen erholsame Ferien, viel Schaffenskraft für das Schuljahr 2005/06 und nützen wir kommende Wahlgänge für klare Veränderungen!

*Euer STR HOL Franz Sachernegg
Landesvorsitzender*

Aus dem Inhalt:

Schulreform:
Was wird in Zukunft alles möglich sein
 Seite 3

Die perfekte Welle
 Seite 4/5/6

Gesamtschule: Nicht mit der Brechstange, sondern durch Überzeugung
 Seite 6/7/8

Beilage: Sprint
 Seite 9-12

Berufsschulen - Reformkonzept
 Seite 13

Berufsschulen - Strukturoptimierung
 Seite 14

Leserbrief: Dienstgeber ignoriert Dienstrecht
 Seite 15

Ein Abend mit Enja Riegel
 Seite 15

Die „Kinderfreunde Steiermark“
 Seite 16/17

Mitgliederversammlung des SLÖ Bezirk Murau
 Seite 17

Nachruf: Ernst Glawogger
 Seite 18

Vizepräsident des LSR HR Dr. Dietmar Dragaric

Schulreform: Was wird in Zukunft alles möglich sein?

„Kleine Zeitung“ titelte nach der Beschlussfassung im Nationalrat über die verfassungsrechtliche Absicherung von Schulgesetzen: „Die Zwei-Drittel-Mehrheit für Schulorganisationsgesetze wurde aufgehoben und umgehend gleich wieder eingeführt - für die Grundlagen des Schulsystems“. Zugegebenermaßen scheint das Ringen um die Verankerung von Schulgesetzen in unserer Verfassung wie das berühmte Hornberger Schießen ausgegangen zu sein.

Das bedeutet jedoch nicht, dass Grundtatsachen wie die zu frühe Selektion im österreichischen Schulwesen und die Abhängigkeit der Schülerkarrieren vom Einkommen und sozialen Status der Eltern mittlerweile über alle Parteien keinen breiten Konsens gefunden hätten. Ebenso sind sich viele Menschen in unserem Lande bewusst, dass Österreich und Deutschland nicht nur die großen Ausnahmen bei der schulischen Trennung von Zehnjährigen darstellen, sondern auch bei der Trennung der Ausbildungsgänge von Lehrerinnen und Lehrern. Österreich wird in Zukunft mit Baden-Württemberg das einzige Land sein, das sich neben der universitären Lehrerbildung eine Ausbildung an Pädagogischen Hochschulen leistet. Das ist weder die Schuld der alten Verfassung, noch die Schuld einer veränderten neuen, sondern der mir unverständliche Unwille



der derzeitigen Regierung, die Ausbildung von PädagogInnen (so wie auf der ganzen Welt) an pädagogischen Fakultäten von Universitäten zu konzentrieren.

Auch das verstärkte Angebot von pädagogisch sinnvollen schulischen Ganztagsformen scheitert nicht an Verfassungsfragen. Es scheitert am budgetären Kompetenzstreit zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Dasselbe gilt für die vorschulische Erziehung. In beiden Fällen geht es schlicht und einfach um die Frage: „Wer soll das bezahlen?“ In vielen anderen Bereichen sind Politiker und Gesellschaft sehr wohl bereit, Geld aufzutreiben und zu investieren. Beispiele: Eurofighter, Autobahnen, Industrieansiedlungen. Für all diese Investitionen gibt es Gründe. Aber wo bleiben die Investitionen in unsere

Jugend und unser Bildungssystem?

Viele Schulexperten wissen, wie schwierig die Unterrichtssituation in städtischen Schulen - unabhängig um welche Schulform es sich handelt - geworden ist. Auch hier ist es allgemeiner Konsens, dass unsere Schulen individueller auf jeden einzelnen Schüler und jede einzelne Schülerin eingehen müssen. Das erfordert nicht nur zusätzliche Lehrer, sondern auch zusätzliches Betreuungspersonal an den Schulstandorten. Viele Länder der Welt gehen bereits diesen Weg.

Was geschieht aber in Österreich? Nach wie vor werden die durch den Schülerrückgang erzielten Einsparungen nicht in jene Schulstandorte reinvestiert, die zusätzliche Mittel nötig haben. Vielmehr wird das Geld unserem Bildungssystem entzogen.

Auch wenn einige Kommentatoren meinen, dass unsere neuen schulischen Verfassungsbestimmungen zu wenig Reformmöglichkeiten bieten, kann das nicht die Ausrede sein, alles beim Alten zu lassen. Unabhängig von unserer Verfassung müssen wir den politischen und gesellschaftlichen Konsens suchen, damit unser Bildungssystem so finanziert und weiterentwickelt wird, dass es internationalen Vergleichen standhält. Vor allem gilt es, den lernenden Jugendlichen mit seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt aller Überlegungen zu stellen!

Das Service-Eck

SLÖ - Homepage: neues Diskussionsforum
<http://www.sloe-steiermark.at>

Redaktion: nici120@gmx.at,

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30. September 2005

LSI Dr. Robert Hinteregger

Die perfekte Welle

Eine zeitgeschichtliche Anmerkung

Um die Mitte der sechziger Jahre leitete eine OECD-Studie eine heftige und folgenreiche Bildungsdiskussion in Österreich ein, als sie nachdrücklich auf den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Bildungswesen aufmerksam machte, die Brücken und Übergänge im österreichischen Schulsystem als baufällig auswies und die Diskrepanz zwischen dem großen Maturantenbedarf und den hohen Ausfallsquoten an österreichischen Schulen sowie die defizitäre Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung auf der zweiten Sekundarstufe rügte. Diese Mängel und Defizite, die im Gefolge der Bildungsexplosion gegen Ende der sechziger Jahre aufgezeigt wurden, verursachten schließlich eine gewisse schulreformerische Dynamik, die bis in die Mitte der siebziger Jahre anhielt, als das Schulunterrichtsgesetz 1974 den innerschulischen Betrieb demokratisierte und Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten aller am Schulleben beteiligten Gruppen festlegte. Erst um die Mitte der siebziger Jahre versiegte diese Reformeuphorie, als eine einschneidende wirtschaftliche Rezession, aber auch gesellschaftspolitische Überlegungen zu einer Abnahme der Reformbegeisterung führten. Die politische Kultur der Bildungspartnerschaft mit den in ihr eingebauten Garantien von Besitzständen, Vetomöglichkeiten und personalpolitischem Proporz ermöglichte lediglich Reformen in kleinen Schritten. In der Analyse des Politikwissenschaftlers Anton Pelinka



entwickelte sich diese niederschwellige Reformpolitik, zu der die Neugestaltung der LehrerInnenausbildung ebenso gehört wie eine Neustrukturierung der ersten Sekundarstufe oder weitreichende Autonomiemaßnahmen, zu einer Kultur des Unterlaufens und Unterwanderns der nach wie vor durch die Schulgesetze festgeschriebenen und zementierten Strukturen.

2. Die pädagogische Bilanz der Schulreform

Trotz dieser Hindernisse und Barrieren, die seit den achtziger Jahren den schulreformerischen Schwung gebremst haben, darf auch aus dem österreichischen Blickwinkel im großen und ganzen einer Bilanz zugestimmt werden, die Klaus Klemm für die deutsche Bildungslandschaft zieht: die Schulreform habe mehr erreicht, als kleingläubige oder im mühsamen Alltagstrott sich verbrauchende Reformer glaubten: Eine Bilanz dieser bildungspolitisch bewegten Epoche kann immerhin den Abbau von Ungleichheit, die Demokratisierung und verstärkte Mitwirkung aller am Bildungswesen Beteiligten oder eine verstärkte Wissenschaftsorientierung und Curriculumentwicklung sowie eine Humanisierung des pädagogischen Umgangs festhalten. Die Ergebnisse der PISA-Studie haben allerdings auch mit großer Deutlichkeit die Defizite aufgezeigt, die trotz der beiden Schulreformen während des vergangenen Jahrhunderts übrig geblieben sind:

Eine plakative Darstellung der besorgniserregenden Ergebnisse sollte zur Zuspitzung einer unverblühten Diskussion beitragen, die an die Stelle von Nachdenkverboten und Tabuisierungen treten müsste:

- Unser Schulsystem produziert rund ein Viertel notorischer Verlierer, die unter jeder Qualifikationshürde durchschlüpfen und deren Teilnahmefähigkeit am öffentlichen und privaten Leben in Frage steht.
- Die schichtspezifische Abhängigkeit der Bildungskarrieren unserer Schülerinnen und Schüler weist auf das Problem hin, dass wir zu früh sortieren und damit volkswirtschaftliche Ressourcen vergeuden und persönliche Lebenschancen verschütten.
- Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund kommen aus ihrer Ghettostellung nicht wirklich heraus, und auch die Begegnung mit unserem Schulsystem und unserer Kultur bewirkt keine nachhaltige Verbesserung.
- Die geringe Freude am Unterricht, welche die durchaus seriös gemachte PISA-Studie unseren Schülern attestiert, verringert Involvement und Lernmotivation.
- Die signifikanten Unterschiede zwischen Mädchen und Buben in der Leseleistung weisen auf ein ernsthaftes Genderproblem mit umgekehrten Vorzeichen hin.

Die mediale Aufregung über die unterdurchschnittlichen PISA-Ergebnisse ist die perfekte Welle, um wenigstens eine Zeit lang eine Bildungsdiskussion in Gang zu halten, die zur Entideologisierung und Entmythologisierung pädagogischer Standpunkte und bildungspolitischer Kontroversen beiträgt.

3. Eine schulreformatrische Perspektive

In diesem Zusammenhang ist das mediale Gezeter über die Interpretierbarkeit der bildungspolitischen Kompromissformel von der angemessenen Differenziertheit des österreichischen Schulwesens zumindest übertrieben, denn die uneingelösten Zielvorstellungen der stecken gebliebenen Schulreform und angeführten vergrößerten Anforderungen an die Schule haben schon seit geraumer Zeit zu einer Abkehr von den weitgespannten bildungspolitischen Zielvorstellungen der siebziger Jahre geführt, die Schulorganisation flächendeckend umzukrempeln.

Nach einer Trauerphase, die nicht selten mit einer Identitätskrise der Schulreformer verbunden war, hat es in der wissenschaftlichen Forschung vor rund zehn Jahren einen Paradigmenwechsel gegeben, und seither gilt die Einzelschule als Schlüsselgröße für die Veränderung von Schul- und Unterrichtswirklichkeit:

Um diese angestrebte Schulqualität zu erreichen und auf die vermehrten Herausforderungen flexibel zu reagieren, ist die Entwicklung der einzelnen Schule unabdingbar notwendig. Mittels pädagogischer Schulentwicklung soll nicht nur die Funktionsfähigkeit der Schule nach außen in Bezug auf ihren Bildungsauftrag, sondern auch das Arbeitsklima an den einzelnen Schulen verbessert werden.

Peter Posch formuliert: „Der Gang der Schulentwicklung müsse von der fragmentierten Schule über die Projektschule bis zur Problemlöseschule führen, die mit gesellschaftlichen Problemen initiativ und eigenständig umgehen könne und in der teamartige Kooperation die Regel sei.“ Richard Bessoth fügt an: „Schulentwicklung heiße in der Praxis, sich

gegen den schleichenden Alltagstrott zu Wehr zu setzen, gegen das allmähliche Erlahmen von Anstrengung und Innovationsfreude.“

Vor dem Hintergrund einer Diagnose, welche Stärken und Schwächen einer Schule festhält, können Kollegium und Schulleitung ein Entwicklungsprogramm erstellen, das auf die Erhöhung der Problemlösekapazität der Schule abzielt. Diese vermehrte Problemlösefähigkeit wiederum dient der Verbesserung der Schul- und Unterrichtskultur mit dem eigentlichen Ziel, die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu vermehren.

4. Ein Resümee aus sozialdemokratischem Blickwinkel

Der angeführte bildungspolitische Paradigmenwechsel darf allerdings auch nicht dazu führen, die Schulstruktur-Debatte, die Forderung nach einer angemessen differenzierten Gesamtschule, als nebensächlich oder gar wissenschaftlich überholt darzustellen. In Wahrheit wirken die strukturellen Grenzen, die gute Pädagogik verhindern, weiterhin verhängnisvoll auf die Gestaltungsversuche der einzelnen Schule aus: der Auslesecharakter der gymnasialen Schulform, die Orientierung an einem fiktiven Mittelmaß einer heterogenen Schülerschaft, die sozialselektive Ausrichtung auf eine fiktive Studierfähigkeit hin oder die Beschränkungen einer berufsfernen Allgemeinbildung.

Zusammengefasst sollten wir aus der sozialdemokratischen Perspektive weiterhin dem katholischen Querdenker Rupert Vierlinger zustimmen, der meint, die Verteidigung einer elitären Sortiermaschine durch bislang privilegierte Schichten sei ein Nachhutgefecht: „Obgleich die alten Überzeugungen nicht mehr tragen und die pädagogischen Defizite

beträchtlich sind, halten wir an dieser Schülersortierung fest, die das pädagogische Selbstverständnis der Lehrer korrumpiert.“

Die zeitgeschichtlichen Erfahrungen mit der Schulreform sollten allerdings auch zu der Einsicht führen, dass es ausgeschlossen ist, Feindbilder zu pflegen gegen den Widerstand eines Löwenanteils der Lehrerschaft mit einem Federstrich eine Gesamtschule zu dekretieren.

Es geht vielmehr darum, die Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen zu Bundesgenossen der schulreformatrischen Bemühungen zu machen.

Die derzeit unterrichtende Pädagogengeneration hat seit den 70er Jahren an beiden Schulformen der ersten Sekundarstufe zahlreiche pädagogische Reformen initiiert oder wenigstens mitgetragen und dabei Erfahrungen und Routinen erworben. Das Gefühl, mittlerweile „eine ganz ordentliche Schule“ zu betreiben, ist trotz des steigenden Leidensdruckes an zahlreichen Schulen weit verbreitet. Nicht wenige aus dieser Generation hegen die heimliche Hoffnung, die mittlerweile erworbenen Kompetenzen, Konzepte und Sicherheiten nicht erneut in Frage stellen zu müssen, sondern mit diesem Erfahrungsschatz ihre restlichen Dienstjahre bewältigen zu können. Andere aus der gleichen Generation hingegen haben die Sorge, dass sich bis zu ihrer Pensionierung nichts mehr ereignen könnte, und empfinden diese mögliche Erstarrung als Bedrohung.

Zu den wichtigen Partnern einer konzertierten Schulreform gehören darüber hinaus die Eltern und Schüler, die unmittelbar Abnehmer der von der Einzelschule erzielten Leistungen sind. Mit ihren Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten sitzen Eltern- und Schülervertreter aber - bei Licht besehen - immer noch an

einem schwachen Hebel im ganzen Produktionsbetrieb Schule, und eine vermehrte Einbeziehung hat unschätzbare Vorteile, die sich durch kein anderes Instrument substituieren lassen.

Zu diesen neuen Bundesgenossen könnte aber auch einmal die Wirtschaft gehören, die einen Dialog über einen neuen Leistungsbegriff angezettelt hat. Klaus Jürgen Tillmann formuliert in diesem Zusammenhang provokant: „Es gebe ein offenbar ein

Kapitalinteresse am Projektunterricht. Wir sollten registrieren, dass es anstelle eingerosteter Glaubenskämpfe neue Dialogangebote und veränderte Interessenskonstellationen gibt.“ Zu den neuen Bundesgenossen gehören bestimmt auch die Kommunen, die ein nachvollziehbares Interesse daran haben, pädagogisch intakte und bildungsökonomisch vertretbare Schulen zu unterhalten.

Dieses Resümee, Überzeugungsar-

beit zu leisten und sich um Bundesgenossen umzuschauen, ist keine Aufforderung zu einem schnöden und wiesenflinken Pragmatismus, sondern vielmehr ein Appell, dass wir taugliche Argumente auftischen, Spielräume ausloten und Strategien entwickeln, um über parteipolitische Grenzen hinaus Zustimmung zu begründeten und einsehbaren Zielsetzungen zu erzielen.

*Dr. Robert Hinteregger
LSI für AHS*

o. Univ. Prof. Dr. Helmut Seel

Gesamtschule: Nicht mit der Brechstange, sondern durch Überzeugung

In Österreich ist man nach den Befunden der Untersuchungen von PISA 2003 mit Recht unzufrieden und beunruhigt. Der Reformbedarf im Schulsystem ist unübersehbar, und er lässt sich wohl als Folge langjähriger geringer Reformbereitschaft der ÖVP, insbesondere der „Schulreaktionäre“ (L.Nimmervoll, „Standard“ vom 2.3.2005) identifizieren. Durch Blockaden mit Hilfe der notwendigen Zweidrittelmehrheit für den Parlamentsbeschluss über Schulgesetze hat man Jahrzehnte lang notwendige Modernisierungen verhindert, die - ausgelöst durch den OECD-Bericht „Bildungsplanung und Wirtschaftswachstum in Österreich 1965 - 1975“ - in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts Schulversuche u.a. mit der Gesamtschule für die Sekundarstufe I, aber auch mit neuen Formen der Gestaltung der AHS-Oberstufe angeregt hatten. Die Gesamtschulversuche wurden als erfolgreich evaluiert, führten aber 1983 nur zu einer Reform der Hauptschule mit der Einführung einer flexiblen fachspezifischen Differenzierung durch Leistungsgruppen an Stelle der starren Gliederung in Klassenzüge.

Die Befunde der PISA-Studien (2000 und 2003) weisen auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Mittelstufenbereichs, der Sekundarstufe I des österreichischen Schulsystems hin, des Bereichs vom Ende der vierstufigen Volksschule - die unbestritten als Gesamtschule, d.h. als Schule für alle Heranwachsenden der Alterstufe geführt wird - bis zum Ende der Schulpflicht - die mit neun Schuljahren in Österreich im europäischen Vergleich nur kurz ist. Die 16-Jährigen, die Zielgruppe der PISA-Untersuchungen, befinden sich in Österreich bereits außerhalb des schulpflichtigen Alters.

Recht haben nun zweifellos diejenigen, welche die Einführung der Gesamtschule für die Sekundarstufe I als „Schulreform mit der Brechstange“ (W.Specht, „Standard“ vom 3.3.2005) aus den PISA-Ergebnissen als alleinige Maßnahme nicht zwingend ableiten wollen.

W. Spechts kritische Abrechnung mit K. H. Grubers („Standard“, 28.2.2005) Hinweisen auf das Vorschlagsdefizit bezüglich der Gesamtschule im „Reformkonzept der Zukunftskommission“ fällt aber

nicht überzeugend aus, und in W. Spechts Aufzählung möglicher Schwierigkeiten im Falle einer Gesamtschuleinführung werden durchaus subjektive (oder politische) Widerstandstendenzen erkennbar.

Gesamtschulpragmatismus ist gefragt, Gesamtschulfundamentalismus im Sinne von W. Specht kann hingegen die Entwicklung beeinträchtigen:

- Was derzeit für die Integration behinderter Schülerinnen und Schüler gilt, kann auch für eine zukünftige Gesamtschule gelten. Die totale Integration mit Abschaffung der Sonderschulen folgt nicht zwingend aus deren Einführung.
- Die Abschaffung der begrenzten Schulautonomie bezüglich der Lehrplangestaltung ist ebenfalls keine Konsequenz der Gesamtschule für die Sekundarstufe I. Schwerpunktsetzungen und Fremdsprachenwahl können in ihr erhalten bleiben. Die Drohung mit dem Gespenst der „Eintopfschule“ kann nicht überzeugen.
- Auch der Verzicht auf Maßnahmen der Leistungsdifferenzierung

ist keine zwingende Folge der Einführung der Gesamtschulstruktur. Vielmehr ist einer allgemeinen Mittelschule die planmäßige, pädagogisch und didaktisch gestaltete Bewältigung des Prozesses der Feststellung und Förderung der unterschiedlichen Befähigungen und Interessen zuzuordnen, um die Übertritte in die Schulformen (Bildungsgänge) der Oberstufe (Sekundarstufe II) vorzubereiten. Dadurch wird die Volksschule (Grundschule) von Selektionsprozessen entlastet und kann sich uneingeschränkt an die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Lernbedingungen anknüpfenden Lernförderung ohne Überforderung der Schüler und Eltern widmen.

Jedenfalls muss aber nach PISA 2003 das Argument, dass die Einführung einer Gesamtschulstruktur für die Sekundarstufe I niveausenkende und leistungsmindernde Auswirkungen haben würde, als Schaueremärchen der Gesamtschulgegner wohl endgültig zu Grabe getragen werden. Die Schülerinnen und Schüler in zahlreichen europäischen Schulsystemen mit Gesamtschulstruktur im Mittelstufenbereich des Schulsystems erreichen offensichtlich deutlich bessere Ergebnisse als die österreichischen Teilnehmer.

Damit werden aber andere Argumente für die Einführung der Gesamtschulstruktur schlagend:

- die Vermeidung verfrühter und damit fragwürdiger Schullaufbahnentscheidungen am Ende der Volksschule, die primär von den Bildungs- und Standesinteressen der Eltern bestimmt sind
- die Verbesserung der Bildungschancen für Kinder aus sozial und regional benachteiligten Gesellschaftsgruppen als demokratiepolitischer Fortschritt, da auch aktuelle Untersuchungen (vgl.F.Eder

u.a.: Sekundarstufe I, Innsbruck 2001) eine weitgehende Überlappung der Befähigungen von Hauptschülern und Schülern der AHS-Unterstufe und ihrer Schulleistungen zeigen und (in einer Auswertung der, Volkszählung 2001 durch die „Statistik Austria“) die bestehende Schulstruktur weiterhin als Verstärkung der gesellschaftlichen Ungleichheit gekennzeichnet wird

- die Erfüllung der sozialintegrativen Funktion der Schule im Sinne der Zusammenführung von Kindern aus verschiedenen sozialen Schichten und Gruppen.

Diese Gründe für die Einführung einer Gesamtschule für die Sekundarstufe I werden von der SPÖ seit Jahrzehnten mit Nachdruck vertreten. Nicht mit der Brechstange, sondern durch überzeugende Argumentation kann jetzt vielleicht die Einführung einer allgemeinen Mittelstufenschule gelingen. Insbesondere wenn die ÖVP Ernst macht mit dem Verzicht auf die Benützung der Zweidrittelmehrheit für die Gesetzgebung bezüglich der Schulorganisation als Instrument ihrer traditionellen Reformverhinderungsstrategie. Ob die Bestimmung über die Zweidrittelmehrheit in der Verfassung steht, wäre dann unwesentlich. Die Einführung der Gesamtschulstruktur für die Mittelstufe des Schulsystems muss jedoch mit der Gestaltung der Mittelschule als spezifische didaktische und methodische Stufe des Schulsystems verbunden werden.

Diese muss:

- Schrittweise vom erlebnis- und erfahrungsorientierten Gesamtunterricht der Volksschule zum wissenschaftsorientierten Unterricht in Fachbereichen durch Fachlehrer führen
- individuelle Befähigungen und Interessen in der Auseinanderset-

zung der Schüler mit fachspezifischen Aufgaben und Problemstellungen feststellen und fördern, verbunden auch mit Maßnahmen einer flexiblen Leistungsdifferenzierung

- dadurch auf Entscheidungen über die Bildungslaufbahnen in der Oberstufe (Sekundarstufe II) im Bereich der berufsbildenden oder studienvorbereitenden Schulen vorbereiten
- die Allgemeinbildung als Urteils-, Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit in persönlichen und gesellschaftlichen Problemsituationen entwickeln.

Der Weg zu einer solchen allgemeinen „Mittelschule“ erscheint in Österreich vorgezeichnet. Die Hauptschule hat hinsichtlich ihrer Bildungsaufgaben und ihrer Organisationsstruktur (Leistungsdifferenzierung) bereits seit Jahrzehnten Gesamtschulcharakter, die Lehrpläne der Unterstufe der AHS und der Hauptschule sind seit 1983 wortident. Die Leistungsfähigkeit der Hauptschule als Gesamtschule insbesondere im ländlichen Bereich wurde auch von der Bildungsministerin mehrfach hervorgehoben. Haben doch mehr als die Hälfte der derzeitigen österreichischen Maturantinnen und Maturanten auf ihrem Bildungsweg in der Sekundarstufe I die Hauptschule besucht. Eine überzeugendere Evaluation der Leistungsfähigkeit ihrer Gesamtschulstruktur ist wohl nicht vorstellbar, wenngleich auch für die Hauptschule Verbesserungsbedarf auf dem Weg zur „Mittelschule“ festgestellt werden muss.

Die Langform der AHS muss in zwei Schultypen geteilt werden. Die Unterstufe ist als „Mittelschule“ einzurichten, mit eigener Leitung und mit den für die pädagogischen und didaktischen Aufgaben der Mittelstufe besonders interessierten und

qualifizierten Lehrern. Das System der flexiblen Leistungsdifferenzierung wird eingeführt, eine regionale Eintrittsberechtigung für alle Volksschulabsolventen öffnet die Schule. Die Oberstufe der AHS orientiert sich als eigene Schulform der „Gymnasialen Oberstufe“ primär an den Aufgaben der Wissenschaftspropädeutik und der Studientvorbereitung. Der kontinuierliche achtklassige Bildungsgang der AHS-Langform ist ja längst eine Fiktion: Nur 60% der Unterstufenschüler besuchen die Oberstufe und werden dort meist schultypenspezifisch neu gruppiert, mehr als 5% der Hauptschüler wechseln in die AHS-Oberstufe. 40% der Schüler der AHS-Unterstufe treten in berufsbildende Schulen über und lassen daher das Bildungsziel der AHS fragwürdig erscheinen.

Die professionelle Identität der Lehrerinnen und Lehrer im Allgemeinen und der Mittelstufenlehrer im Besonderen wurzelt in hohem Maß in ihrer Kompetenz als Lernhelfer im weitesten Sinn. Auch das Erziehen i.e.S. zielt ja auf Lernprozesse bei Zöglingen, die zu Einstellungen und Verhaltensbereitschaften führen sollen. Unterrichten als Auslösung und Unterstützung vor allem kognitiver Lernprozesse umfasst auf der Sekundarstufe I noch den gesamten Lernprozess: Dies reicht vom Interessieren und Motivieren als Herstellung der Lernbereitschaft über das Vermitteln von Kenntnissen und Einsichten durch die Auseinandersetzung der Schüler mit den Lerngegenständen bzw. durch die eindrucksvolle Darstellung durch die Lehrperson und führt weiter zu deren Anwendung beim Bewältigen

von Aufgaben und Lösen von Problemen und schließlich zur Vorsorge für das Behalten der Lernergebnisse durch das Üben, Einprägen und Übertragen in neue Situationen.

Die dafür erforderliche Zeit steht in der Mittelstufenschule derzeit nicht ausreichend zur Verfügung. Die Vermittlung der in den Lehrplänen vorgesehenen Lehrinhalte erfolgt daher unter Zeitdruck, das Anwenden und Üben wird oft in unterrichtsergänzende Hausaufgaben verlegt. Der Lernerfolg wird damit zu einem Faktor, der nicht unwesentlich vom Bildungsstand der Eltern hinsichtlich ihrer Befähigung zur „Ergänzungslehrerin“ / zum „Ergänzungslehrer“ oder von ihrem Einkommen als Voraussetzung für die Finanzierung einer „Nachhilfelehrerin“ / eines „Nachhilfelehrers“ abhängt.

Die Schule im demokratischen Staat, der sich der Bildungschancengleichheit für alle seine heranwachsenden Bürger verpflichtet sieht, muss aus diesem Grund eine Ganztagschule sein, damit die Lehrerinnen und Lehrer in die Lage versetzt werden, den gesamten Lernprozess ihrer Schülerinnen und Schüler zu unterstützen und für das Lernergebnis professionelle Verantwortung zu übernehmen. In besonderem Maße gilt dies für den Mittelstufenbereich des Schulsystems, für welchen aber auch das Stoff-Zeit-Dilemma durch eine Lehrplanreform zu beseitigen wäre.

In der anstehenden Lehrerbildungsreform muss daher ein Programm zur angemessenen Ausbildung von „Mittelschullehrern“ entwickelt werden. In Pädagogischen Fakultä-

ten der Universitäten ist diese einzurichten, als stufenspezifische Vertiefung im Rahmen eines Magisterstudiums, das auf ein Grundstudium als Bakkalaureatsstudium für alle Lehrerkategorien folgen sollte, welches Studien in zwei unterrichtsrelevanten wissenschaftlichen Disziplinen und in den Erziehungs- und Bildungswissenschaften umfasst.

Die Befunde der PISA-Studien legen eine Erneuerung der Mittelstufe des österreichischen Schulsystems zwingend nahe. Die Einführung der Gesamtschulstruktur der Schulorganisation stellt dafür eine zwar notwendige, aber keinesfalls schon hinreichende Bedingung für deren Effizienzsteigerung dar. Nichtsdestoweniger sollte sie sofort in Angriff genommen werden.

Allerdings lässt die Haltung der ÖVP in der Diskussion um die Schulgeldfreiheit ein neues Argument zur Verhinderung der Gesamtschule, welche ja eine Pflichtschule wäre, erkennen. Die Schulgeldfreiheit auf Grund internationaler Verpflichtungen und Verträge, womit die ÖVP deren Verankerung in der österreichischen Verfassung ablehnt, bezieht sich nämlich immer nur auf den Pflichtschulbereich. Die allgemeinbildende höhere Schule insgesamt (und die berufsbildenden Schulen des Oberstufenbereichs) zählen in Österreich nicht zu diesem. Die Einführung von Schulgeld für diese Bereiche des Schulsystems wäre durch die erwähnten internationalen Verpflichtungen nicht ausgeschlossen. Mit einfacher Mehrheit im Parlament ließen sich neue soziale Barrieren in den Bildungslaufbahnen der Heranwachsenden schaffen.

Helmut Seel, em. Professor für Erziehungswissenschaft (Schwerpunkt Schulpädagogik) an der Universität Graz. Verfasser (mit J.Scheipl) des Buches „Das österreichische Bildungswesen am Übergang ins 21. Jahrhundert“ (Graz 2004)

Mag. E. Pichler

Reformkonzept der Zukunftskommission

Zielsetzungen zum Handlungsbereich 4

„Professionalisierung und Stärkung des Lehrberufs“

Ich möchte hier einige Passagen auszugsweise wiedergeben:

Im Abschlussbericht der Zukunftskommission zur Thematik der LehrerInnenaus- und -weiterbildung werden folgende Modelle vorgeschlagen:

Die Ausbildung von LehrerInnen ist so zu gestalten, dass verbindliche Kerninhalte für alle Lehr- und Erziehungsberufe vermittelt werden. Die Auswahl der Studierenden soll im Rahmen einer Einführungsphase informations- und kompetenzbasiert erfolgen.

Das Laufbahnmodell für LehrerInnen ist an den Erfordernissen autonomer Schulen orientiert. Es soll Schwerpunktverlagerungen sowie Neuorientierungen und damit individuelle Berufskarrieren ermöglichen.

Das Ausbildungsmodell soll die bisherigen zergliederten Ausbildungsgänge für Lehr- und Erziehungsberufe zusammenführen.

Ausbildungsmodell I:

Bachelor- und Masterstudiengänge gemäß dem Bologna-Modell

Die Ausbildung soll aus einem gemeinsamen Bachelor für alle

Lehr- und Erziehungsberufe mit darauf aufbauenden differenzierten Masterstudiengängen bestehen. Der Bachelor Pädagoge dauert 6 Semester und umfasst Pädagogik, Psychologie, Didaktik und Erziehungspraxis. Der Umgang mit SchülerInnen mit spezifischen Bedürfnissen (kognitive und emotionale Auffälligkeiten) ist ein verpflichtender Bestandteil der Ausbildung. Fundierte Grundkenntnisse in den kulturellen Grundkompetenzen sowie Elternarbeit sollen ebenfalls vermittelt werden. Die Ausbildung zum Bachelor Pädagogen soll an einer Pädagogischen Hochschule durchgeführt werden. Aufbauend auf den Bachelor Pädagogen können verschiedene Masterstudienabschlüsse erworben werden. Diese Lehrgänge sehen eine Dauer von 4 Semestern vor und sollen spezifische Qualifizierungen für einzelne Lehrämter bilden. Grundsätzlich sollen diese Lehrgänge an den Universitäten erfolgen, eine enge Kooperation mit den Pädagogischen Hochschulen ist anzustreben.

Ausbildungsmodell II:

Auswahl von Studierenden

In einer Einführungsphase sollen die BewerberInnen Informationen und Berufsperspektiven über das Studium erhalten. Dabei sollen vor allem die erforderlichen Kompe-

tenzen diagnostisch festgestellt werden. Die ersten beiden Semester sind als Orientierungsphase vorgesehen. Wichtig ist in dieser Phase vor allem die Konfrontation mit der Berufspraxis. Nach Abschluss des ersten Jahres sollten die Studierenden ihre Wahlrichtung angeben.

Laufbahnmodell

Die konkrete Förderung der Junglehrerinnen soll in die Autonomie der Schulen fallen. Dabei sind vor allem zwei Maßnahmen vorgesehen:

- Mentoring für Junglehrerinnen, die den Berufseinstieg und den Aufbau beruflicher Kompetenzen erleichtern und unterstützen soll.
- MitarbeiterInnengespräche mit Zielvereinbarungen durch die Schulleitung, um Förderung und Unterstützung bei der Unterrichtsarbeit zu leisten.

Da die Realisierung dieser Vorschläge jedoch vom Dienstrecht sowie von schulorganisatorischen Rahmenbedingungen abhängig ist, wird unsere Landesvertretung besonders gefordert sein.

Wir werden besonders im Berufsschulbereich die Entwicklung genau verfolgen, um konstruktive Verbesserungsvorschläge einbringen zu können.

Ing. Michael Pichler - Berufsschulinspektor

Durch eine Strukturoptimierung der steirischen Berufsschulen zu Qualitätssteigerung und Effektivitäts- und Effizienzoptimierung

Im Auftrag des Landes Steiermark hat die Infora Consulting Group (ICG) eine Studie erarbeitet, die strategische Entwicklungsvarianten für die Steirischen Landesberufsschulen zum Inhalt hat.

Die Studie wurde unter dem Aspekt einer Standortgarantie der politischen Verantwortungsträger für alle Berufsschulstandorte der Steiermark erstellt. Zielsetzung dieses Projektes war die Detailevaluierung (Endbericht, 12.3.2004) der im Juni 2003 von der ICG vorgeschlagenen Maßnahmen zur Optimierung der Steirischen Landesberufsschulen.

In die Detailevaluierung waren eingebunden: Berufsschuldirektoren/ -lehrer, Internate, Fachabteilung 6D, Landesschulrat, LIG, Wirtschaftskammer, ICG. Unter den Rahmenbedingungen der sinkenden Schülerzahlen (bis 2008 kaum Änderungen bei den Lehrlingszahlen, von 2008 bis 2016 sinken die Schülerzahlen um 20% auf ca. 16.000) und sehr unterschiedlicher Auslastung der einzelnen Schulstandorte sollen durch fachspezifische Schwerpunktsetzungen vernünftige Schulgrößen entstehen, die pädagogische, organisatorische und ökonomische Verbesserungen bringen.

Für eine Strukturoptimierung der steirischen Landesberufsschulen wurden folgende Zielsetzungen verfolgt:

Qualitätssteigerung:

- starke Verbesserung der Rahmenbedingungen für die schulische Ausbildung der Lehrlinge
- optimalere Ausnutzung von vorhandenen Raumressourcen mit hoher Qualität (Platzangebot, Werkstätten u. Ausstattung)
- langfristige Sicherung der Qualität bei Ausstattung und Gebäudesubstanz bestehender Standorte.

Effektivitäts- und Effizienzoptimierung:

- Konzentration ähnlich strukturierter/ gleicher Lehrberufe an einem Standort bzw. wenigen Standorten.
- langfristige Sicherung von adäquaten Lehrbedingungen.
- Schaffung von Berufsschulen, die als Mindestgröße das Kriterium „Bestellung eines Direktorstellvertreters“ erfüllen.
- Optimierung der Investitionen für räumliche Erweiterungen und Ausstattung zur Erreichung einer optimalen Qualität.

Es ist geplant, in den nächsten 5 Jahren etwa 55 Mio. Euro für Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen im Berufsschulbereich umzusetzen. Zur Verbesserung der unter räumlicher Beengtheit leidenden Standorte wurde ein zusätzlicher Bedarf von ca. 18 Mio. Euro ermittelt.

Diese Strukturoptimierung der steirischen Landesberufsschulen wurde im Berufsschulbeirat für Steiermark am 24.3.2004 beschlossen und die beabsichtigten Sprengelfestsetzungen wurden auch durch die Steirische Landesregierung in der Sitzung vom 5.7.2004 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Unter anderem wurden folgende Umsetzungsmaßnahmen beschlossen:

- Entlastung der LBS Eibiswald (ca. 700 Schüler nach Voitsberg, dadurch wird der Standort Voitsberg gesichert).
- Konzentration der Maurer in Murau (ca. 120 Maurer von der LBS 5 Graz nach Murau)
- KFZ-Konzentration am Standort Arnfels (ca. 420 KFZ-Techniker von der LBS 3 Graz nach Arnfels).
- Berufsgruppenkonzentration Metall-Gewerbe (ca. 200 Karosse-

riebautechniker von Mureck nach Graz. ca. 170 Spengler und Doppelberuf von Mureck nach Graz; ca. 210 Metalltechnik-Metallbearbeitungstechniker von Graz nach Mureck)

- Konzentration von Handelsberufen (z.B. ca. 170 Großhandelskaufmann/-frau von Graz nach Mitterdorf, ca. 80 Gartencenterkaufleute von Voitsberg nach Hartberg,...).
- sämtliche Lehrlinge des Lehrberufes „Gartencenterkaufmann/-frau“ werden von der LBS Voitsberg an die LBS Hartberg eingeschult.

Als erste Umsetzungsmaßnahmen des Beschlusses des Berufsschulbeirates wurden im Schuljahr 2004/05 folgende Schritte gesetzt:

- Die Lehrlinge des Lehrberufes „KFZ-Technik“ wurden aufsteigend beginnend mit den ersten Klassen von der LBS 3 Graz an die LBS Arnfels eingeschult.
- Die Lehrlinge des Lehrberufes „Maurer“ wurden aufsteigend beginnend mit den ersten Klassen von der LBS Graz 5 an die LBS Murau eingeschult.
- Die ersten und zweiten Klassen des Lehrberufes „Großhandelskaufmann/-frau und Lagerlogistik“ wurden von der LBS Graz 9 an die LBS Mitterdorf eingeschult.

Gleichzeitig zu diesen Maßnahmen begann die Planung für den Werkstattnenuebau und die Internatssanierung in Murau.

Für das Berufsschulzentrum wird bis Ende 2005 das Raumprogramm für die Umsetzung der Umbauten erstellt. Auch für die Landesberufsschule Mureck wird 2005 ein Raumprogramm für den Um- bzw. Neubau entworfen.

Dienstgeber ignoriert Dienstrecht

71% der österreichischen PflichtschullehrerInnen haben sich in einer Abstimmung für ein Dienstrecht ausgesprochen, das die gesamte Jahresarbeitszeit eines Lehrers erfasst. Etwa 45% der Arbeitszeit macht das Unterrichten aus, die übrige Zeit wird für Vor- und Nachbereitung, Fortbildung, Konferenzen, Dienstbesprechungen, Elternkontakte usw. verwendet.

Nach einem Gesetz, von der VP/FP - Regierung beschlossen wird einem Beamten, der länger als 6 Monate krank ist, das Gehalt um 20% gekürzt. Der steirische Landesschulrat und die Landesregierung als Dienstgeber der LehrerInnen sind nun aber der Meinung, Dienst ist nur Unterricht. Sie anerkennen einen Dienstantritt nach einem Krankenstand nur dann, wenn dieser an einem Schultag erfolgt. Erfolgt die Gesundheitsmeldung an einem unterrichtsfreien Tag, wird die Zeit bis zum nächsten Schultag auf die 6 Monate für die Kürzung angerechnet. Mit dieser Vorgangsweise ignoriert der Dienstgeber, dass der Lehrer nach dem Krankenstand vorbereitet den Unterricht zu halten hat, Hefte zu korrigieren hat usw. und damit die gesetzlichen Bestimmungen zum Lehrerdienstrecht.

Friedrich JAKI, Peter-Rosegger-Gasse 36, 8750 Judenburg

Ein Abend mit Enja Riegel

Am 23. Mai 2005 veranstalteten der BSA, und die SLÖ-Bezirksgruppen von Graz-Umgebung und Graz einen Abend mit der deutschen Reformpädagogin Enja Riegel. Rund 120 Kolleginnen und Kollegen lauschten der erfolgreichen Ex-Schulleiterin, als sie locker und humorvoll von ihren Erfolgsrezepten für Schule erzählte. An Enja Riegels Schule, der Helene Lange Schule in Wiesbaden, war es üblich, dass Schülerinnen und Schüler den Reinigungsdienst erledigten. Für die Kinder wurde es zur Selbstverständlichkeit, das Schulhaus sauber zu halten. Obendrein setzte Frau Riegel durch, dass das Geld, welches sonst eine Reinigungsfirma bekommen hätte, an die Schule überwiesen wurde! Weiters richteten die Schülerinnen und Schüler eine Fahrrad-Reparaturwerkstätte oder eine Holzbearbeitungswerkstätte ein, wo kleine Dienste und Reparaturen erle-

digt werden konnte und die Schule Geld verdiente. Für Lehrerinnen und Lehrer war es üblich auch fächerfremd zu unterrichten. Dies hatte den Vorteil, dass Kolleginnen und Kollegen sich selbst mit neuem Stoff auseinandersetzen mussten und diesen dadurch den Schülern klarer erklärten als Fachexperten. Blickte man ins Publikum, konnte man förmlich spüren, wie sich einzelne fragten: „Ja geht denn das auch bei uns?“ Meine Antwort darauf wäre ein klares „Ja“! Es ist allerdings zu hinterfragen, ob es Sinn macht, Konzepte anderer Schulen „eins zu eins“ zu übernehmen. Das Vorbild aber, eigene Konzepte zu entwickeln und mit wirklich großer Konsequenz zu verfolgen, kann übernommen werden. Und dieses Vorbild war uns Enja Riegel an jenem Abend. Auch ihr Credo, dass erfolgreiche Bildungsarbeit in der Mittelstufe nicht an der Gesamt-

schule vorbeikommt, bestätigt, dass wir Sozialdemokraten ein richtiges Ziel verfolgen. Ein Ziel übrigens, welches sich auch die ÖVP - zumindest in der Steiermark - mit ihrer Bildungspolitik gesetzt hat. Das ist gut so!

Ich glaube, dass wir nicht bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen sollten: „Ihr seid auf unseren Zug aufgesprungen!“, sondern dass wir gemeinsam mit den Konservativen daran gehen, kluge Schulpolitik zu machen, unter dem Motto „Gemeinsam stark sein unserer Kinder willen!“

Wir, alle drei Veranstalter also BSA und die beiden Bezirksgruppen des SLÖ (Graz Umgebung und Graz) sind uns einig: Es wird wieder solche Veranstaltungen geben, die wir gemeinsam auf die Beine stellen, unserer Mitglieder und unserer Bewegung willen!

In diesem Zusammenhang möchte ich mich im Namen aller drei Veranstalter herzlichst bei unserem Vizebürgermeister Walter Ferk bedanken! Durch seine großzügige Unterstützung wurde eine Veranstaltung jener finanziellen Dimension erst möglich!

Alois Müller

Prof. Dr. Reinhard Meier, MAS

Die „Kinderfreunde Steiermark“

Als ich von der Schriftleitung der „Steirischen LehrerInnenstimme“ eingeladen wurde, die Kinderfreunde Steiermark kurz vorzustellen, dachte ich zunächst, dies sei doch nicht erforderlich, zumal „Jede / Jeder“ diese Organisation kennt. Nach kurzer Zeit des Überlegens kam ich jedoch zu der An-/Einsicht, dass dem vielleicht oder wahrscheinlich doch nicht so ist.

In der Öffentlichkeit (zumindest in der Steiermark) verbinden sehr viele Menschen unterschiedlichster Generationen mit den Kinderfreunden - Sekirn am Wörthersee. Das ist auch richtig und freut uns natürlich, aber dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den vielfältigen Tätigkeiten und Aktivitäten, die die Kinderfreunde Steiermark ausüben.

Möglicherweise ist den wenigsten bekannt, dass die Kinderfreunde als Organisation bereits seit 97 Jahren bestehen - gegründet vom Grazer Anton Afritsch. Und in dieser langen Zeit haben sich das Erscheinungsbild, die Anforderungen und somit die Aktivitäten gravierend verändert. Wegen der Kürze der gewünschten Darstellung kann hier nicht auf grundsätzliche Überlegungen eingegangen werden, sondern werden im Folgenden nur die Bereiche, in denen wir tätig sind, kurz vorgestellt.

Am bekanntesten ist der schon eingangs erwähnte Bereich **Kinder- und Jugendferien**, der zahlreiche attraktive Sommer- und Winterangebote umfasst. Den Schwerpunkt des ganzjährigen Ferienangebots bildet das Sommerprogramm, in dessen Rahmen jährlich weit mehr als 1.000

Kinder ihre Ferien in den zahlreichen in- und ausländischen Kinderfreunde Destinationen verbringen. Neben dem bekanntesten inländischen Ferienziel Sekirn am Wörthersee verfügen die Kinderfreunde auch über Angebote in Italien, Kroatien, Ungarn oder Großbritannien. Der eigens für diesen Zweck aufliegende Ferienkatalog beschreibt alle unsere Ferienziele ausführlich und informiert Sie umfassend.

Ein weiterer wichtiger Leistungsbe- reich der Kinderfreunde ist die **KISS Lern- und Freizeitbetreuung** in dem derzeit an 7 Schulstandorten in Graz und an 2 Standorten außerhalb von Graz rund 300 Kinder täglich nach Unterrichtschluss liebevoll und kompetent betreut werden.

Mit diesem Angebot haben die Kinderfreunde Steiermark auf eine gesellschaftliche Entwicklung reagiert, in der die Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen stark erhöht hat.

Dort, wo in der Steiermark aktuell Nachmittagsbetreuungsplätze fehlen, möchten wir auch auf diesem Wege LehrerInnen, LeiterInnen und BürgermeisterInnen unsere Kooperation anbieten. Falls Sie Bedarf an einer Lern- und Freizeitbetreuung in Ihrer Gemeinde bzw. an Ihrer Schule haben, stehen Ihnen die Kinderfreunde Steiermark mit ihrer jahrelangen Erfahrung als kompetenter Kooperationspartner gerne zur Verfügung.

Ein anderes Segment im Engagement für Kinder und Familien bildet die **mobile Interdisziplinäre Frühförderung (IFF)**. Wöchentlich werden

von unseren facheinschlägig qualifizierten Mitarbeiterinnen etwa 30 Familien im Bereich Früherkennung, Entwicklungsförderung und Familienbegleitung betreut.



Weiters betreiben die Kinderfreunde Steiermark das **Kinderschutzzentrum Oberes Murtal** mit Sitz in Knittelfeld, welches jährlich für weit mehr als 2.000 Hilfesuchende als Anlaufstelle hinsichtlich Beratung und Therapie dient. Als Resultat der erfolgreichen Arbeit des Kinderschutzzentrums war es möglich, Zweigstellen in Bruck/Mur und Murau zu errichten.

Das **mobile Kinderbetreuungsangebot** sowie Veranstaltungen bzw. Kampagnen sind ebenso Teil unserer Aktivitäten. In diesem Rahmen führen wir z.B. seit acht Jahren den „Großen Grazer Kinderfasching“ durch, an dem jährlich rund 1.000 Kinder und Jugendliche teilnehmen und der aus dem Grazer Faschingsgeschehen nicht mehr wegzudenken ist. Kampagnen wie „999 Luftballons“ oder „Weil uns der Schuh drückt“ anlässlich des Tages der Kinderrechte seien hier beispielhaft erwähnt. Auch organisieren wir steiermarkweit Feste und diverse Veranstaltungen. Kinderanimation und eine eigene Kasperlbühne sind gefragte Leistungen unsererseits.

Neu im heurigen Jahr war die Durchführung der Kinderbetreuung im Rahmen des österreichischen Filmfestivals „diagonale“. Hier ist es uns gelungen, gemeinsam mit dem „diagonale-Team“ ein Pilotprojekt auf die Beine zu stellen, das wahrschein-

lich einzigartig in Europa ist. Es ist uns jedenfalls kein anderes Filmfestival bekannt, welches bislang eine Kinderbetreuung bislang angeboten hätte.

Einen weiteren Fachbereich stellt die **FAMAK, die Familienakademie**, dar. Dieser Bereich ist zuständig für die inhaltliche Konzeption sowie die Organisation und Durchführung von

Elternbildungsangeboten (mehr als 20 Seminarreihen pro Jahr), Weiterbildungsangebote für ehrenamtliche MitarbeiterInnen und Gesundheitsprojekte in Schulen, Kindergärten und Betrieben. Weiters gehören der „Kasperl im Krankenhaus“ sowie interkulturelle Projekte zum Aufgabenbereich. Im Herbst 2004 starteten wir Lehrgänge zum Elternbildner/zur

Elternbildnerin. Der Zulauf zu diesem vom Bundesministerium zertifizierten Lehrgang war so groß, dass im Herbst 2005 der nächste Lehrgang starten wird.

Nun, ich könnte mir vorstellen, dass an dieser breiten Angebotspalette so manches dabei ist, das bisher nicht oder nicht ausreichend bekannt war.

Wenn Sie weitere Fragen haben oder an einem unserer Angebote (Ferienaktion, Nachmittagsbetreuung für SchülerInnen an verschiedenen Schulen, etc.) interessiert sind, so wenden Sie sich bitte an unseren Geschäftsführer. Sie erreichen ihn unter:

Dr. Bernd Kastenhuber
Landesgeschäftsführer
Kinderfreunde Steiermark
Kaiserfeldgasse 22
8010 Graz
Tel. 0316 / 82 55 12 DW 20
Fax: DW 29

www.kinderfreunde-steiermark.at
bernd.kastenhuber@kinderfreunde-steiermark.at

Dr. Reinhard Meier, MAS
Professor für Humanwissenschaften an der
Pädagogischen Akademie des Bundes
in der Steiermark

Jahreshauptversammlung des SLÖ Bezirk Murau



Der SLÖ Bezirk Murau hielt am 31. Mai dieses Jahres seine Jahreshauptversammlung ab. Unter den Anwesenden konnte Obmann Direktor Hans Pirker auch aus dem Zentralvorstand den Obmann des Bezirkes Judenburg, Friedrich Jaki, herzlich begrüßen.

Hans Pirker berichtete über die Arbeit des vergangenen Jahres. Anschließend kam es zur Neuwahl des Vereinsvorstandes, der sich nun wie folgt zusammensetzt:

Im Bild von links nach rechts:
Helmut **Joachim**, Obfrau Dir. Sabine **Koller**, Astrid **Wallner**,
Dir. Erich **Moser**, Werner **Fest**

Im Anschluss an die Wahl dankte der neue Vorstand dem langjährigen Obmann Hans Pirker, der die Geschicke des SLÖ im Bezirk Murau mit sicherer Hand gelenkt hatte für seine Arbeit und wünschte ihm alles Gute im Ruhestand. Friedrich Jaki referierte ausführlich über die aktuellen Bildungsinhalte und seine Arbeit im Zentrallausschuss. Eine angeregte Diskussion beschloss die Jahreshauptversammlung.

*Für den Bezirk Murau
Helmut Joachim*

Ernst Glawogger



† 16.4.2005

Unser verstorbener Kollege Ernst Glawogger besuchte die Pädagogische Akademie am Hasnerplatz von 1971 - 1973 und wurde zuerst VS-Lehrer. Danach ließ er sich zum Hauptschullehrer für Mathematik, Physik-Chemie und Leibesübungen ausbilden um als HS-Lehrer tätig zu sein. Er arbeitete viele Jahre als Lehrer in Graz, unter anderem in der Hauptschule Graz-Puntigam, unter dem damaligen Direktor OSR Walter Gotschacher. Seine ganze Arbeitskraft setzte er aber nicht nur in der Schule ein, sondern war zusätzlich noch in hohem Maße für das „Allgemeinwesen“ im SLÖ aktiv.

Ernst Glawoggers Wurzeln lagen im SLÖ Graz - Stadt. Unter OSR Stadtrat a. D. Ferdinand Sapper wurde er zum Landessekretär des SLÖ Steiermark gewählt.

In dieser Funktion war er Ansprechpartner für viele steirischen Lehrerinnen und Lehrer. Ernst Glawogger war auch an der Seite von drei weiteren Landesvorsitzenden ein allseits beliebter und engagierter Landessekretär - die „Seele“ des SLÖ. Er wurde zur lebenden Institution, denn ein SLÖ ohne Ernst Glawogger war stets unvorstellbar. Die Funktion des Landessekretärs übte er mehr als 14 Jahre aus.

In Graz-Andritz fand Ernst Glawogger mit seiner Frau Maria und seiner Tochter Stephanie nicht nur ein liebevoll gestaltetes zu Hause, auch beruflich wirkte er als Hauptschullehrer in diesem Grazer Bezirk.

Seine Lehrtätigkeit erfuhr durch die Bestellung zum Direktor der Neuen Mittelschule Graz-Andritz einen würdevollen Höhepunkt. Aus dieser Aufgabe wurde er durch seine schwere Krankheit herausgerissen. Bis zum Schluss glaubte er fest daran, bald wieder in seiner Schule sein zu können. Dies teilte er bis zuletzt allen Besuchern an seinem Krankenbett mit.

Jahrelang wirkte Ernst Glawogger im Bundes SLÖ als anerkannter Funktionär.

Auch international setzte er sich für die Lehrervereinigung SLÖ ein. Aufgrund seines Engagements und seines Know-how wurde er in der internationalen Lehrervereinigung IUSDE (Internationale Union der sozialdemokratischen Lehrer und Erzieher) nicht nur Mitglied, sondern auch in die Kontrolle gewählt. Auch diese Funktion führte er jahrelang aus.

Eine weitere Tätigkeit für die steirischen Lehrerinnen und Lehrer war die Führung des Lehrerhausvereins. Auch diese Aufgabe erfüllte er bis zuletzt mit großem Engagement.

Ernst war ein kommunikativer Mensch. Seine Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft waren allseits bekannt und beliebt. Wann immer und wo immer man Ernst begegnete - er zeigte sich von der positiven Seite. Seine Fröhlichkeit motivierte alle Menschen um ihn herum. Auch als er schon schwer krank war, ließ er sich seinen Schmerz nicht anmerken. Er klagte nie!

Wir alle wissen jedoch, dass seine große Liebe seiner Familie galt, wo immer er war, was immer er tat, stets war er um das Wohl seiner Liebsten besorgt! Wir trauern um ihn mit seiner Frau Maria und seiner Tochter Stephanie!

Lieber Ernst!

Mit dir geht ein Freund von uns, den wir zeitlebens vermissen werden!

aufbau **studien** akademie **lehrgänge**

2005/06

Neue Technologien – Informatik

- E-Teaching und E-Learning
- Informatiklehrer/in für die Sekundarstufe I
- Der Europäische Computerführerschein – ECDL

Reformpädagogik

- Montessori-Pädagogik

Sprachen

- Englisch als Arbeitssprache
- Italienisch an Hauptschulen

Persönlichkeitsbildung und Mediation

- Mediation und Konfliktregelung

BeratungslehrerIn

- Diplomierte Pädagogin/Diplomierter Pädagoge für Kinder mit speziellen Erziehungsbedürfnissen
- Beratungslehrer/in zur integrativen Betreuung verhaltensauffälliger SchülerInnen

Gesundheitspädagogik

- Suchtprävention in der Schule
- Gesundheitspädagogik

Weitere Akademielehrgänge

- Beratungs- und Betreuungslehrer/in für Lese-, Rechtschreib- und/oder Rechenschwäche
- Diplomierte Dyskalkuliepädagogin/ Diplomierter Dyskalkuliepädagoge
- Geometrisches Zeichnen
- Integrative Pädagogik
- Interkulturelle Pädagogik
- Sprachheilpädagogik
- Betreuungslehrer/in an ganztägigen Schulformen

Fachgegenstände aus dem Bereich der Hauptschule

Online-Anmeldung und Detailinformationen sofort möglich.
www.phgraz.at >>Anmeldung



*Keine
Studiengebühren!*

Pädagogische Akademie des Bundes

Hasnerplatz 12, 8010 Graz, Tel.: 0316/68 31 89, Fax: 0316/68 31 89/20, www.phgraz.at, office@phgraz.at

03Z035208S

P.b.b.

Verlagspostamt 8020 Graz, Erscheinungsort Graz
Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sozialdemokratischer
LehrerInnenverein, Landesgruppe Steiermark
Redaktion und f. d. I. v.: Nicole Koch
Layout und Produktion: Matthias Baumann
alle: Hans-Resel-Gasse 6/II, Tel. 0316 / 71 38 64
Druck: Druckerei Khil, 8010 Graz